

und Kollege Dalwigk, der übrigens schon vor mehreren Tagen abreiste, schien mir resigniert, auch dieses Mißgeschick als unabwendbar über sich ergehen zu lassen. Die Württemberger werden . . . bei ihren hiesigen Vereinbarungen stehen bleiben; auch Bayern schließt sich, allerdings in privilegierter Sonderstellung, an und zwar wahrscheinlich sofort, und dann wird Kaiser gemacht. Die Verständigung mit Bayern ist positiv, Minister Luß hat es mir selbst gesagt. Die Bedingungen sind: Erhaltung der bayrischen Post, Selbständigkeit des Militärs in Friedenszeiten unter Annahme nur der allgemeinen Grundsätze des deutschen Heersystems und Zulassung preußischer Inspektion, endlich Schaffung eines Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz Bayerns, in welchem Sachsen und Württemberg geborene Mitglieder sind. Die Kompetenz dieses Ausschusses ist mir nicht genau bekannt. Es scheint, er soll wesentlich nur das Recht haben, auf dem Laufenden gehalten zu werden, ein Recht, das wenigstens Bismarck gegenüber gleich Null wäre. Im ganzen werden also die drei Königreiche in diesem Ausschusse eine bevorzugte Stellung haben und gesonderte Militärverwaltung behalten, die freilich hinsichtlich Sachsens und Württembergs nur ein bloßes Wort sein wird. Der Ausschuss kann natürlich ohne unsere Zustimmung nicht gemacht werden. Ich schwanke noch, ob ich einfach ja sagen oder verlangen soll, daß den übrigen Staaten zwei Wahlstimmen, von denen die eine uns ziemlich sicher wäre, eingeräumt werden. Den „Königen“ einen Pöffen zu spielen, wäre schon ein Spaß; andererseits läuft man Gefahr, wenn man sich Zugang in den Ausschuss erkämpft, in alle Lappalien und Intrigen desselben verwickelt zu werden . . .

24. November 1870.¹⁾

— — Unsere Militärkonvention ist immer noch nicht unterschrieben. Namentlich die Kofardenfrage, ob Bundes-, Landes- oder preußische Farben und in welcher Kombination, ist immer noch nicht zur Entscheidung gebracht, während wir sachlich vollkommen im Reinen sind.

¹⁾ a. a. O. S. 202.